

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 18.10.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 275/2024](#)

Kundmachung des Bundesministers für Inneres über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 16. September 2024, dass die Punkte 6.12.1 bis 6.12.3 und 6.14.1 bis 6.14.4 der **Polizeidiensthundevorschrift 2015** (PDHV 2015), Erlass des Bundesministers für Inneres, ZI BMI-EE2200/0057-II/2/b/2025 idF ZI BMI-EE22/0063-II/2/b/2017, kundgemacht in der Datenbank „Informationen und Verwaltungsvorschriften“ des Bundesministeriums für Inneres, als gesetzwidrig aufgehoben werden

### [BGBl II 276/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und **Wasserwirtschaft**, mit der die AEVO Petrochemie, die AEVO Kunstharze, die AEVO Wasch- und Reinigungsmittel, die AEVO Anorganische Chemikalien und die AEVO Anorganische Düngemittel geändert werden

### [BGBl II 277/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die **Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung** geändert wird

### [BGBl II 278/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur Slowakischen Republik und zur Tschechischen Republik

## II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzgebungscharakter im Berichtszeitraum.

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

16.09.2024, [E 549/2024](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz einer afghanischen Staatsbürgerin; grobes Verkennen der Rechtslage durch Unterlassen der gebotenen Interessenabwägung

17.09.2024, [E 624/2024](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines türkischen Staatsbürgers durch Ausüben von Willkür; grobes Verkennen der Rechtslage sowie Außerachtlassen des konkreten Sachverhalts

18.09.2024, [G 3317/2023](#)

**EinkommenssteuerG**; keine Verfassungswidrigkeit der §§ 12 Abs 7 und 37 Abs 6 EinkommenssteuerG; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und ausreichende Determinierung durch Gewährung des **Hälftesteuersatz** für Einkünfte aus Waldnutzungen infolge höherer Gewalt gem § 37 Abs 6 leg cit

02.10.2024, [E 3587/2023](#)

**AsylG**; keine Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines syrischen Staatsbürgers; Überwiegen des öffentlichen Interesses an der Beendigung des Aufenthalts von Fremden ohne Aufenthaltstitel

03.10.2024, [V 51/2024](#)

**Stmk ROG**; Aufhebung einer Bestimmung einer **Bebauungsplanzonierung** der Marktgemeinde Scheifling betreffend das Erfordernis einer Bebauungsplanung für bestimmte Grundstücke; Verletzung der Verpflichtung zur Erlassung eines Bebauungsplans binnen 18 Monaten durch den Gemeinderat; Bestehen eines effektiven Bauverbots auf Grund der Nichterlassung des Bebauungsplans stellt eine – nicht mehr vom fairen Gleichgewicht der öffentlichen und privaten Interessen getragene – unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkung dar

03.10.2024, [V 57/2024](#)

**Stmk ROG**; Aufhebung einer Bestimmung einer **Bebauungsplanzonierung** der Landeshauptstadt Graz betreffend das Erfordernis einer Bebauungsplanung für bestimmte Grundstücke; Verletzung der Verpflichtung zur Erlassung eines Bebauungsplans binnen 18 Monaten durch den Gemeinderat; Bestehen eines effektiven Bauverbots auf Grund der Nichterlassung des Bebauungsplans stellt eine – nicht mehr vom fairen Gleichgewicht der öffentlichen und privaten Interessen getragene – unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkung dar

03.10.2024, [G 290/2022 ua](#)

**Oö Lehrer-Kranken- und UnfallfürsorgeG**; Aufhebung von Punkt 146. der Satzung der Oö Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge wegen pauschaler und undifferenzierter **Abweichung vom Leistungsniveau** der Unfallversicherung der Bundesbeamten nach dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsg; Widerspruch zu § 13 Abs 6 Satz 2 Oö Lehrer-Kranken- und UnfallfürsorgeG

03.10.2024, [E 4003/2023](#)

**Anti-GesichtsverhüllungsG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte betreffend das **Verhüllungsverbot**; weiter Ermessensspielraum des Gesetzgebers zur Förderung von Integration durch Stärkung der Teilhabe an der Gesellschaft und Sicherung des friedlichen Zusammenlebens; keine kompetenzrechtlichen Bedenken gegen das Anti-Gesichtsverhüllungsverbotsg

## B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.09.2024, [Ra 2024/01/0222](#)

**VersammlungsG; VwGVG;** hier finden die (im Rahmen der rechtlichen Erwägungen) disloziert zur **Veranstaltereigenschaft** der Rw ergänzend getroffenen Feststellungen, wonach sich die Rw mit anderen Teilnehmern hinsichtlich Ort und Zeit der Versammlung entsprechend abgestimmt bzw „organisatorisch-planend verabredet und damit eine führende Rolle in der Versammlung“ habe, im Akt keine Deckung; in der **mündlichen Verhandlung** wurde diese Frage seitens des erkennenden Richters nicht erörtert bzw ergeben sich aus den zu Protokoll genommenen Angaben der Rw keine diesbezüglichen Anhaltspunkte; inwiefern daher „das Beweisverfahren ergeben“ hätte, dass der Rw eine Veranstaltereigenschaft zukomme, bleibt im Dunkeln; beweiswürdige Erwägungen zu den genannten Feststellungen enthält das angefochtene Erkenntnis gerade nicht

23.09.2024, [Ra 2021/06/0027](#)

**Vbg RaumplanungsG;** § 16 Abs 4 lit a Vbg RaumplanungsG ist somit dahin auszulegen, dass diese Bestimmung jene Fälle nicht erfasst, in denen der zum Kreis der **gesetzlichen Erben** gehörende Antragsteller bereits vor dem Erbfall einen **Miteigentumsanteil** an einer Liegenschaft aufgrund eines Kaufvertrags erworben und mit dem verstorbenen Eigentümer an der betreffenden Wohnung Wohnungseigentum nach dem WEG 2002 begründet hatte und das Eigentum an der betreffenden Wohnung somit nicht ausschließlich erst von Todes wegen erworben wird

23.09.2024, [Ra 2022/04/0031](#)

**DSGVO;** der VwGH prüfte die **Erforderlichkeit** iSd Art 6 Abs 1 lit e DSGVO sowie den **Grundsatz der Datenminimierung**; er bestätigte die Beurteilung des BVwG, wonach die Bereitstellung der Namen und dienstlichen E-Mail-Adressen der Lehrer auf der Website der Berufsschule, wodurch sich der Verwaltungsaufwand der Schule verringere und den Schülern bzw Erziehungsberechtigten die Möglichkeit eingeräumt werde, unkompliziert, rasch und unmittelbar mit dem jeweiligen Lehrer zu kommunizieren, erforderlich ist; eine zumutbare, ebenso wirksame Maßnahme wurde vom BVwG zu Recht verneint

## C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 14.06.2024, [W104 2240490-1](#)

**UVP-G;** keine Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung; keine Einbeziehung der optischen und ästhetischen Auswirkungen von Lärmschutzwänden bei der Prüfung, ob der Schutzzweck des betroffenen Siedlungsgebiets beeinträchtigt wird; **Schutzzweck eines Siedlungsgebiets** gemäß Kategorie E des Anhangs 2 zum UVP-G und Ermittlung des maßgebenden Sachverhalts

BVwG 05.08.2024, [W104 2282918-1](#)

**MineralrohstoffG; Parteistellung** von Nachbarn und der Standortgemeinde im Verfahren zur Genehmigung eines nachfolgenden Gewinnungsbetriebsplans für bergfreie Rohstoffe gem § 116 Abs 4 MineralrohstoffG; Auslegung der gesetzlichen Wortfolge „wesentliche horizontale oder vertikale **Ausweitung des Abbaus**“; nicht nur Vergrößerung der Abbaufäche, sondern auch Gleichbleiben oder Verkleinerung, wenn eine Verschiebung in relevantem Ausmaß auf bisher nicht beanspruchte Flächen erfolgt; diese muss abstrakt geeignet sein, Schutzinteressen von Nachbarn oder der Standortgemeinde zu beeinträchtigen

BVwG 23.08.2024, [G303 2297146-1](#)

**SchulpflichtG;** Zurückweisung der **Anzeige des häuslichen Unterrichts** gem § 11 SchulpflichtG mangels Zurückweisungsgrund nicht gerechtfertigt; Fehlen einschlägiger Rsp, ob schulpflichtige Kinder, bei welchen rechtskräftig ein sonderpädagogischer Förderbedarf einmal festgestellt wurde, generell von der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht durch Teilnahme an einem gleichwertigen Unterricht im Sinne des § 11 leg cit ausgeschlossen sind

LVwG Oö 26.08.2024, [LVwG-653228](#)

**FührerscheinG;** das Landesverwaltungsgericht kann nur über ein Recht absprechen, welches zu seinem Entscheidungszeitpunkt auch (noch) existent ist; aus diesem Grund darf das Landesverwaltungsgericht nicht über einen Entzug einer Lenkbeurteilung absprechen, welche zum Entscheidungszeitpunkt bereits erloschen und somit nicht mehr existent ist.

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [15.10.2024, Rs C-144/23, KUBERA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Tragweite der **Vorlagepflicht letztinstanzlich** entscheidender **nationaler Gerichte** – Verfahren zur Zulassung der Revision vor dem obersten Gericht eines Mitgliedstaats – Antrag der Partei, die die Zulassung der Revision beantragt, dem Gerichtshof eine Frage nach der Auslegung des Unionsrechts zur Vorabentscheidung vorzulegen – Nationale Regelung, nach der die Revision zugelassen wird, wenn sie eine Rechtsfrage aufwirft, die von Bedeutung für die **Gewährleistung der Rechtssicherheit**, der einheitlichen Rechtsanwendung oder der Rechtsfortbildung ist – **Pflicht** des obersten nationalen Gerichts, im Rahmen des Verfahrens zur Zulassung der Revision **zu prüfen**, ob ein **Vorabentscheidungsersuchen einzureichen** ist – Begründung der Entscheidung, mit der der Antrag auf Zulassung der Revision zurückgewiesen wird

#### [17.10.2024, Rs C-76/22, Santander Bank Polska](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2014/17/EU – Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher – Art 25 Abs 1 – Vorzeitige Rückzahlung – Recht des Verbrauchers auf **Ermäßigung der Gesamtkosten** des Kredits – Art 4 Nr 13 – Begriff ‚Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher‘ – Laufzeitabhängige Kosten – Provision für die Kreditgewährung, die bei Vertragsabschluss zu zahlen ist – Methode zur Berechnung der Ermäßigung

#### [17.10.2024, Rs C-701/22, MFE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – Art 60 – Grundsatz der **Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung** – Art 80 – Recht der Begünstigten, die Zahlungen so bald wie möglich und vollständig zu erhalten – Recht auf Verzugszinsen – Grundsätze der Effektivität und der Äquivalenz – Kündigung eines Vertrags zur Finanzierung aus dem EFRE wegen Unregelmäßigkeiten bei seiner Durchführung – Aufhebung der Kündigung – Berichtigung von Unregelmäßigkeiten – Bekämpfung von **Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr – Richtlinie 2011/7/EU – Anwendungsbereich

#### [17.10.2024, Rs C-16/23, FA.RO. di YK & C.](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dienstleistungen im Binnenmarkt** – Richtlinie 2006/123/EG – Genehmigungsregelung – Art 10 – Bedingungen für die Erteilung einer Genehmigung – Verkauf von Tabakwaren – Nationale Regelung, die die Erteilung einer Genehmigung für die Einrichtung einer Verkaufsstelle für Tabakwaren an Bedingungen knüpft – Bedingungen betreffend Entfernung und Bevölkerungszahl – Schutz der öffentlichen Gesundheit vor der **Nikotinsucht**

#### [17.10.2024, Rs C-28/23, NFŠ](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Begriff ‚**Öffentliche Bauaufträge**‘ – Aus einer Finanzhilfevereinbarung und einem Kaufvorvertrag bestehendes Vertragswerk – Unmittelbares wirtschaftliches Interesse des öffentlichen Auftraggebers – Bauwerk, das den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen entspricht – Finanzhilfe und Kaufvorvertrag, die eine mit dem Binnenmarkt vereinbare staatliche Beihilfe darstellen – Richtlinie 89/665/EWG – Richtlinie 2014/24/EU – Folgen der Feststellung, dass ein öffentlicher Auftrag unwirksam ist – **Absolute Nichtigkeit** ex tunc

#### [17.10.2024, Rs C-60/23, Digital Charging Solutions](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 14 und 15 – Aufladung von Elektrofahrzeugen – Aufladung mittels einer Vorrichtung, die von einer Gesellschaft bereitgestellt wird und den Zugang zu einem Netz von Ladepunkten verschiedener Betreiber ermöglicht – Mehrwertsteuerliche Einordnung des Umsatzes – ‚Lieferung von Gegenständen‘ – Übertragung aufgrund von Kommissionverträgen

#### [17.10.2024, Rs C-112/23 P, Pelita Agung Agrindustri und Permata Hijau Palm Oleo/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Subventionen** – Einfuhren von **Biodiesel** mit Ursprung in Indonesien – Durchführungsverordnung (EU) 2019/2092 – Endgültiger Ausgleichszoll – Verordnung (EU) 2016/1037 – Art 7 – Berechnung des Vorteils – Art 8 Abs 1 und 2 – Preisunterbietung – **Preisdruck**

#### [17.10.2024, Rs C-156/23, Ararat](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Einwanderungspolitik** – Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhalten – Richtlinie 2008/115/EG – Art 5 – Grundsatz der Nichtzurückweisung – **Vollstreckung** einer im Rahmen eines Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes erlassenen Rückkehrentscheidung infolge des illegalen Aufenthalts des betreffenden Drittstaatsangehörigen, der sich aus der Ablehnung eines Antrags auf einen im nationalen Recht vorgesehenen **Aufenthaltstitel** ergibt – Verpflichtung der Verwaltungsbehörde, die Vereinbarkeit der Vollstreckung einer solchen Entscheidung mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung zu beurteilen – Art 13 – Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen in Bezug auf die Rückkehr – Verpflichtung des nationalen Gerichts, bei der Vollstreckung einer Rückkehrentscheidung einen Verstoß gegen den Grundsatz der **Nichtzurückweisung** von Amts wegen festzustellen – Umfang – Art 4, Art 19 Abs 2 und Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

#### [17.10.2024, Rs C-159/23, Sony Computer Entertainment Europe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Rechtsschutz von Computerprogrammen – Richtlinie 2009/24/EG – Art 1 – Anwendungsbereich – Ausdrucksformen eines Computerprogramms – Begriff – Art 4 Abs 1 Buchst b – Umarbeitung eines **Computerprogramms** – Veränderung des Inhalts von Variablen, die im Arbeitsspeicher des Computers abgelegt sind und während des Ablaufs des Programms verwendet werden

#### [17.10.2024, Rs C-239/23, Karl und Georg Anwander Güterverwaltung](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** – Finanzierung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – Art 31 und 32 – Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete – **Berggebiete** – Ausgleichszulage – Nationale Verwaltungsvorschriften, wonach die Zahlung dieser Zulage für förderfähige Gebiete ausgeschlossen ist, die in einer anderen Region desselben Mitgliedstaats liegen als der, in der sich der Sitz des landwirtschaftlichen Betriebs befindet – Bestimmungen, wonach der Sitz des landwirtschaftlichen Betriebs eine Voraussetzung für die Gewährung der Ausgleichszulage darstellt

#### [17.10.2024, Rs C-302/23, Jarocki](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Binnenmarkt** – Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen – Verordnung (EU) Nr 910/2014 – Art 25 – **Elektronische Signaturen** – Rechtswirkung und Beweiskraft im Rahmen eines Gerichtsverfahrens – Nationale Rechtsvorschrift, nach der Schriftsätze mit elektronischer Signatur elektronisch bei den Gerichten eingereicht werden dürfen – Erfordernis, dass diese Gerichte über ein geeignetes Kommunikations- und Informationssystem verfügen

#### [17.10.2024, Rs C-322/23, Lufoni](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – Öffentlicher Sektor – **Lehrkräfte** – Einstellung befristet beschäftigter Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst im Wege eines Einstellungsverfahrens auf der Grundlage von Befähigungsnachweisen – Bestimmung des Dienstalters – Teilweise Anrechnung von im Rahmen befristeter Arbeitsverträge zurückgelegten Dienstzeiten – Spätere nachträgliche Anrechnung der nicht berücksichtigten Dienstzeit – Keine Auswirkung auf die Beurteilung des Vorliegens einer **Diskriminierung**

#### [17.10.2024, Rs C-349/23, Zetschek](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 2 Buchst a – Verbot von **Diskriminierungen** wegen des Alters – Höchstalter für den Eintritt in den Ruhestand – Nationale Rechtsvorschrift, die für Bundesrichter jegliches Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand ausschließt – Möglichkeit für Bundesbeamte und Landesrichter, das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand zu beantragen – **Ungleichbehandlung** wegen der Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe oder des Arbeitsorts

### [17.10.2024, Rs C-408/23, Anweltsnotarin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 2 Buchst a und Art 6 Abs 1 – Verbot von Diskriminierungen wegen des Alters – Höchstaltersgrenze von 60 Jahren für die erstmalige Bestellung zum Anwaltsnotar – Unbesetzte Stellen aufgrund des Fehlens jüngerer Bewerber – **Rechtfertigungsgründe** – Angemessenheit und Erforderlichkeit

### [17.10.2024, Rs C-409/23, Riverty](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2008/48/EG – Geltungsbereich – Verbraucherkreditverträge – Ausnahmen – Art 2 Abs 2 Buchst f – Zins- und gebührenfreie **Kreditverträge** oder Kreditverträge, bei denen geringe Kosten anfallen – Zahlungsdienst ‚Jetzt kaufen, später zahlen‘ – **Zahlungsverzug** – Verzugszinsen und Kosten der außergerichtlichen Beitreibung

### [17.10.2024, Rs C-461/23, Umweltforum Osnabrücker Land](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2001/42/EG – Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme – Art 3 Abs 2 Buchst b – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 3 – Handlungen, die eine Prüfung erfordern – Nationaler Rechtsakt, mit dem ein Gebiet als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen wird – Aufzählung der menschlichen Tätigkeiten, die in diesem Gebiet vorbehaltlich einer **Freistellung** verboten sind

### [17.10.2024, verb Rs C-650/23 und C-705/23, Hembesler](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Pauschalreise – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 3 Abs 6 – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 14 Abs 5 – Kumulative Anwendung – Grenzen – Verordnung Nr 261/2004 – Art 3 Abs 2 – Art 4 Abs 3 – Ausgleichsleistungen für Fluggäste im Fall der **Nichtbeförderung** – Fluggäste, die im Voraus über die Nichtbeförderung unterrichtet wurden – Falsche Information – Reiseunternehmen, das die Fluggäste auf einen anderen Flug umbucht – Flug, der gleichwohl vom ausführenden Luftfahrtunternehmen wie ursprünglich geplant durchgeführt wird – Dem ausführenden Luftfahrtunternehmen obliegende Pflicht zur Ausgleichsleistung – Art 13 – Möglichkeit, vom Reiseunternehmen **Schadensersatz** zu verlangen

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [17.10.2024, Rs C-453/23, Prezydent Miasta Mielca \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Staatliche Beihilfe – Selektiver Vorteil durch gesetzliche Steuerbefreiung – **Wettbewerbsverzerrung** – Bestimmung des Bezugssystems – Gesetzliche Steuerbefreiungen als Teil des Bezugssystems – Prüfungsmaßstab – Kohärenz – Rechtfertigung durch außerfiskalische Gründe

### [17.10.2024, Rs C-452/23, Fastned Deutschland \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – **Konzessionsvertrag** – Richtlinie 2014/23/EU – Änderung einer Konzession während ihrer Laufzeit – Art 43 – Inhouse-Vergabe eines öffentlichen Auftrags – Nachträglicher Wegfall der Voraussetzungen der Inhouse-Vergabe

### [17.10.2024, Rs C-386/23, Novel Nutriology \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel – Art 10 Abs 1 und 3 – Spezielle Bedingungen für gesundheitsbezogene Angaben – Art 28 Abs 5 und 6 – Übergangsmaßnahmen – Werbung für ‚**Botanicals**‘ mit gesundheitsbezogenen Angaben – Andauerndes Fehlen der Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Prüfung der Europäischen Kommission hinsichtlich der Aufnahme der gesundheitsbezogenen Angaben über ‚Botanicals‘ in die Listen gemäß den Art 13 und 14 – Anwendbarkeit der Verordnung Nr 1924/2006

## C. GERICHT

### [16.10.2024, Rs T-506/23, Freistaat Bayern/ EUIPO - Bundesverband Souvenir Geschenke Ehrenpreise \(Neuschwanstein\)](#)

Unionsmarke – **Nichtigkeitsverfahren** – Unionswortmarke Neuschwanstein – Ältere geschäftliche Bezeichnungen Neuschwanstein und Schloss Neuschwanstein – **Relativer Nichtigkeitsgrund** – Art 8 Abs 4 und Art 53 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 4 und Art 60 Abs 1 Buchst c der Verordnung [EU] 2017/1001)

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

### 10.10.2024, Beschwerde Nr [9375/20](#), *Bagirova/Aserbajdschan*

**Verletzung** von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); offensichtlich unzureichende **Untersuchung** der **Tötung** des Bruders des Bf während einer Operation, die von **staatlichen Agenten** im Zusammenhang mit seiner Verhaftung durchgeführt wurde; nicht „über jeden vernünftigen Zweifel hinaus“ nachgewiesen, dass die Anwendung von Gewalt nicht mehr als absolut notwendig war

### 10.10.2024, Beschwerde Nr [41028/20](#), *Alperin/Ukraine*

**Keine Verletzung** von **Art 1 1.ZPEMRK** (Recht auf Achtung des Eigentums); angemessener Verfall eines Teils der Kautions des Bf wegen Verstoßes gegen die ihm im Rahmen seiner **Kautionsauflagen** auferlegte Verpflichtung, alle internationalen **Reisedokumente** auszuhandigen, die es ihm ermöglicht hätten, die Staatsgrenze zu überschreiten

### 15.10.2024, Beschwerde Nr [13337/19](#), *H.T/Deutschland u Griechenland*

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); **Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); unverzügliche **Abschiebung** eines syrischen **Asylbewerbers** von Deutschland nach Griechenland im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den beiden Ländern; keine Bearbeitung des Asylantrags vor der Abschiebung; fehlende individuelle Risikobewertung durch die deutschen Behörden vor der Abschiebung; überstürzte Abschiebung des Bf ohne Zugang zu einem Rechtsanwalt vor der Abschiebung; entwürdigende Behandlung; **Inhaftierung** des Bf nach seiner Abschiebung aus Deutschland für zwei Monate und siebzehn Tage in einer griechischen Polizeistation ohne die für längere Haftzeiten erforderlichen Annehmlichkeiten; die insgesamt zwei Monate und dreiundzwanzig Tage dauernde Abschiebungshaft in Griechenland war gerechtfertigt; keine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung

### 15.10.2024, Beschwerde Nr [60272/21](#), *Moskalj/Kroatien*

**Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Entscheidung des Verfassungsgerichts, das eine Entschädigung für die **überlange Dauer des Vollstreckungsverfahrens** zuspricht, aber die Kosten der Rechtsvertretung für die Verfassungsbeschwerde und die Rechtsbehelfe für die Dauer des Verfahrens ablehnt; allein die Kosten der Verfassungsbeschwerde übersteigen die zugesprochene Entschädigung; Fehlen hinreichend überzeugender Gründe; Prozesskosten nicht unnötig; unverhältnismäßige Beschränkung des Zugangs zu einem Gericht

### 15.10.2024, Beschwerde Nr [25650/22](#), *Daugaard Sorensen/Dänemark*

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Schutzpflichten; Rücknahme der Anklage gegen einen mutmaßlichen **Vergewaltiger** angesichts von mindestens drei aufeinander folgenden Fehlern der Staatsanwaltschaft, insbesondere der Nichteinhaltung der gesetzlichen Frist; Fehler führten zu der schwerwiegenden Folge, dass eine **Strafverfolgung** verhindert wurde; Bf hat keine wirksame Strafverfolgung oder gerichtliche Überprüfung in Bezug auf das Vergewaltigungsdelikt, das sie bei der Polizei angezeigt hat, erreicht; erhebliche Mängel in der verfahrensrechtlichen Reaktion des beklagten Staats

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.